

## POLITIK

### "Sicherheit ist ein Standortfaktor für die Stadt"

Leserbriefe zur politischen Diskussion um die Verbrechensbekämpfung in Berlin und anderen Themen



CDU-Innenexperte Frank Henkel will, dass alle Straftaten in Bezirke und Ortsteile aufgeschlüsselt werden (Berliner Morgenpost vom 14. Mai)

Das Ansinnen der Sicherheitsexperten Frank Henkel und Peter Trapp ist nicht neu und weiterhin wenig sinnvoll. Auch Sicherheit ist ein Standortfaktor für unsere Hauptstadt. Wir in der Wirtschaft wünschen uns optimale Voraussetzungen zur Neuansiedlung von Unternehmen in unserer Stadt. Neue Investoren werden sich freuen, die Wahl eines geeigneten Standortes auch mittels Kriminalitäts-Atlas suchen zu können.

Die Bezirke mit dann "roten Zonen" werden sicher nicht mehr dabei sein. Denn eines scheuen Manager im Besonderen: Entscheidungen entgegen öffentlich dokumentierten Sicherheitswarnungen. Diese beruhen aber auf Deliktformen, die kein besonderes Sicherheitsrisiko für Unternehmen darstellen, wie etwa die Straßenkriminalität. Die Polizei kennt die Brennpunkte. Wir erwarten, dass diese nicht zu roten Zonen werden, sondern durch Schwerpunktarbeit der Kriminalitätsbekämpfung für Unternehmen wie Bürger gesichert und weiterhin angenommen bleiben.

*Carsten Baeck*, Vorsitzender des Arbeitskreises für Unternehmenssicherheit AKUS an der IHK Berlin und Geschäftsführer der Deutschen Risikoberatung

### Ausgaben müssen vom Bund getragen werden

**Zum Artikel "Privilegien stehen Berlin nicht zu" vom 15. Mai** Berlin ist die deutsche Hauptstadt, was Konsequenzen haben muss, die Berlin nicht alleine schultern kann. Was Berlin für seine Hauptstadtfunktion an Ausgaben hat, muss vom Bund beziehungsweise von allen Bundesländern gemeinsam getragen werden. Das verlangt vom Berliner Senat natürlich eine besonders gewissenhafte Haushaltsführung. Kein Bundesland soll sagen können, dass Berlin "Hauptstadtgelder" für sich nutzt. Ich hoffe, Ministerpräsident Wolfgang Böhmer konnte in seinem Vortrag darauf hinweisen, dass das von ihm geführte Bundesland Sachsen-Anhalt mit den solidarischen Hilfen des Bundes sorgsamst und